

Alle Parteien gegen Atomkraft: Maßnahmen für sichere Zukunft beschlossen!

Parlament debattiert am 19.06.2025 über fünf parteiübergreifende Anträge gegen Atomkraft: Risiken, Kosten und Zukunft der Energie.



Deutschland - Im Zuge der aktuellen Parlaments-Debatte wurden am 19. Juni 2025 mehrere Entschließungsanträge zur Atomenergie eingebracht. Diese Anträge sollen im Rahmen der bevorstehenden Budgetberatungen zur Abstimmung gelangen. Ein zentraler Antrag von Michael Bernhard (NEOS) fand die Unterstützung aller fünf Parlamentsparteien und fordert, dass Atomenergie nicht als erneuerbare Energie betrachtet wird. Die Gründe für diese Forderung sind vielschichtig: Atomenergie wird als zu teuer eingeschätzt, birgt unkontrollierbare Risiken und die Problematik des radioaktiven Mülls belastet zukünftige Generationen. Laut **oekonews** wird Atomenergie zudem nicht

als ernstzunehmende Lösung für die Klimakrise angesehen.

Die Grünen trugen ebenfalls zur Debatte bei und brachten einen eigenen Antrag ein, der die Nichtigkeitsklage Österreichs zur EU-Taxonomie vorantreiben soll. Darüber hinaus fordern sie die Bundesregierung auf, sich gegen den Ausbau der Atomkraft einzusetzen. Auch die budgetäre Absicherung des Biodiversitätsfonds steht auf der Tagesordnung.

Geschichte des Atomausstiegs

Die Debatte um die Atomenergie ist nicht neu und hat eine lange Geschichte. Der Atomausstieg wurde am 22. April 2002 eingeleitet, als die rot-grüne Bundesregierung das Atomgesetz änderte, welches die Gesamtlauzeit der Atomkraftwerke auf etwa 32 Jahre begrenzte. Doch nach der Reaktorkatastrophe in Fukushima im Jahr 2011 erlebte Deutschland einen Wendepunkt, als der Bundestag beschloss, alle Kernkraftwerke bis Ende 2022 abzuschalten. **bpb** berichtet, dass die letzten drei deutschen AKW im April 2023 vom Netz gingen. Ursprünglich sollte dies bereits Ende 2022 geschehen, doch die Energiekrise infolge des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine führte zu einer vorübergehenden Verschiebung.

Mit dem Ausstieg aus der Atomenergie sanken auch die Risiken, die mit ihrer Nutzung verbunden sind. Hohe Baukosten, lange Bauzeiten und unsichere Einnahmen machen die Atomkraft zu einer finanziell riskanten Technologie. Gleichzeitig bleibt die Suche nach einem Endlager für den hochradioaktiven Müll eine der größten Herausforderungen. Von 33 in Betrieb genommenen Kernkraftwerken in Deutschland sind erst drei vollständig rückgebaut und die Suche nach einem Endlager gilt als „Herkulesaufgabe“.

Energieversorgung und die Rolle der Erneuerbaren

Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck betont die Wichtigkeit der Energieversorgungssicherheit in Deutschland. Dank einer verbesserten Diversifikation der Gasimporte, die nun auch Importe aus Norwegen, den Niederlanden und neuen LNG-Terminals in Nordwesteuropa umfassen, konnte die Gasmangellage im vergangenen Winter vermieden werden.

homburg1 hebt hervor, dass die verbleibenden drei Atomkraftwerke nur circa fünf Prozent zur deutschen Stromproduktion beitrugen und der Betrieb keinen nennenswerten Einfluss auf die Strompreise hatte.

Die Bundesregierung plant, den Anteil erneuerbarer Energien am Bruttostromverbrauch bis 2030 auf mindestens 80 Prozent zu steigern. Dabei werden Genehmigungsverfahren für den Ausbau erneuerbarer Energien vereinfacht, um der aktuellen Gassituation entgegenzuwirken. Doch die Herausforderungen sind vielfältig: Während der Betrieb der Kernkraftwerke abnahm, stieg die Stromversorgung durch Kohlekraftwerke, um dem Gasverbrauch entgegenzuwirken.

Die laufenden Diskussionen und die bisherige Dekade des Atomausstiegs zeigen, dass die Weichen für eine nachhaltige Energiezukunft neu gestellt werden müssen. Der Fokus liegt auf der Entwicklung sozial-ökologischer Transformationsprozesse und dem weiteren Ausbau erneuerbarer Energien.

Details	
Ort	Deutschland
Quellen	<ul style="list-style-type: none">• www2.oekonews.at• www.bpb.de• homburg1.de

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at